



BUND-famila-Familien-Radtour zur Tongrube Muldsberg - 20.8.2016



- Brennelemente
- Fahrradstadt Itzehoe
- Nordumgehung
- Runder Tisch
- Gartengruppe
- AKW-Abriss-Probleme
- Wellenkamp
- Windkraftplanung
- Anthropozän

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde unserer Arbeit,

der Einstieg ins Jahr 2017 ist getan und eine neue erfolgreiche Initiative ist zu vermelden. Wer sich noch erinnert - im vergangenen Jahr hatten wir versucht, eine Garten-AG ins Leben zu rufen. Ein Gartengrundstück stand bereit, aber es fanden sich - trotz Interesse - keine Teilnehmer. Der Grund: Fast jeder hat schon zu Hause seinen eigenen Garten. Und der macht Arbeit genug.

Jetzt starteten Mareike und Gisela eine neue Initiative, doch dieses Mal sollte eine Gartengruppe gegründet werden, „in der wir uns über die vielfältigen Themen des naturgemäßen Gärtnerns austauschen. Schwerpunkte sollen dabei unsere praktischen Erfahrungen sein und wir wollen die Freude teilen, die die Gestaltung von Naturelementen in Hausgärten bringen kann.“ Und siehe da: zum Gründungstreffen am 18. Februar kamen 14 hochmotivierte InteressentInnen. (Mehr dazu in Mareikes Artikel und unter den Terminen.)

Ein anderer Zukunftsbaustein für die Umweltarbeit im Kreis Steinburg fand statt zum Ausgang des letzten Jahres: Von Mo. bis Do. (12. - 15.12.) informierte ein BUND-eigenes Team mit einem Stand in der Oberen Feldschmiede über die lokalen Projekte der Kreisgruppe Steinburg. Und es gab die Möglichkeit, beim größten Umwelt- und Naturschutzverband Deutschlands Mitglied zu werden, um diese gemeinnützige Arbeit zu unterstützen. - Das beachtliche Ergebnis dieser Werbekampagne: 49 neue Mitglieder können wir begrüßen, von denen 7 spontan ankreuzten, auch an einer aktiven Mitarbeit interessiert zu sein. Besonders bedeutsam ist das jüngere Durchschnittsalter unserer „Neuen“- gemittelt sind sie ~Jahrgang 1980 - ein wichtiger Verjüngungsvorgang, der geeignet ist, das „Aussterben“ der Umweltbewegten zu verhindern. Herzlich willkommen, liebe Neumitglieder, auf eine gedeihliche Zusammenarbeit für Natur und Umwelt.

Nun noch ein ernstes Anliegen: Unser tüchtiger Kassenwart, Hartmut, der bei uns satzungsgemäß „Schatzmeister“ heißt, muss aus Gründen der Arbeitsentlastung (er ist stv. Bürgermeister) seinen Posten bei uns aufgeben. Ein herber Verlust. Deshalb suchen wir dringend einen neuen Schatzmeister.

Liebe Mitglieder - alte wie neue - bitte prüfen Sie wohlwollend, ob Sie sich nicht für diese wichtige Aufgabe erwärmen können. Eine Arbeitseinweisung bietet Hartmut an. Die persönliche Belastung ist regelmäßig, aber überschaubar. Auch Kassenführung ist Umweltarbeit. Und es winkt der schöne Titel „Schatzmeister“.

Auch für diesen Rundbrief hat uns Norbert Prahlow (BUND-Dithm.) wieder einige Karikaturen - eigens für dies Heft gestaltet - überlassen. Toll! Ganz herzlichen Dank!

Ich hoffe, dass Ihnen die Themenauswahl unseres neuen Rundbriefs gefällt. Im Namen des Vorstands lade ich Sie zur Mitgliederversammlung im Mai und zu unserem Sommerfest bei Gisela herzlich ein.

Ihr/Euer Redakteur Lothar Wittorf

Einladung zur

ordentlichen Mitgliederversammlung
der BUND-Kreisgruppe Steinburg

am Dienstag, dem 16. Mai 2017
um 19.00 Uhr
im BUND-Umweltzentrum, IZ, Draisine 4

Tagesordnung

1. Begrüßung
2. Beschluss der Tagesordnung
3. Genehmigung des Protokolls 2016
4. Jahresbericht des Vorstands, Aussprache
5. Bericht des Schatzmeisters, Aussprache
6. Bericht der Kassenprüfer
7. Entlastung des Vorstands
8. Genehmigung des Haushaltsplans 2017
9. Wahl eines neuen Vorstands
10. Wahl eines neuen Kassenprüfers
11. Wahl von Delegierten für die Landesdelegiertenversammlung
12. Anträge und Beschlüsse
13. Ausblick 2017/18
14. Verschiedenes

Itzehoe, im April 2017

Der Kreisgruppenvorstand

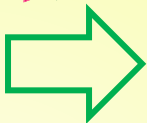
Anm.: Die Satzung findet sich auf <http://www.bund-steinburg.de/satzung.html>.



Einladung zum



Sommerfest 2017 bei Gisela



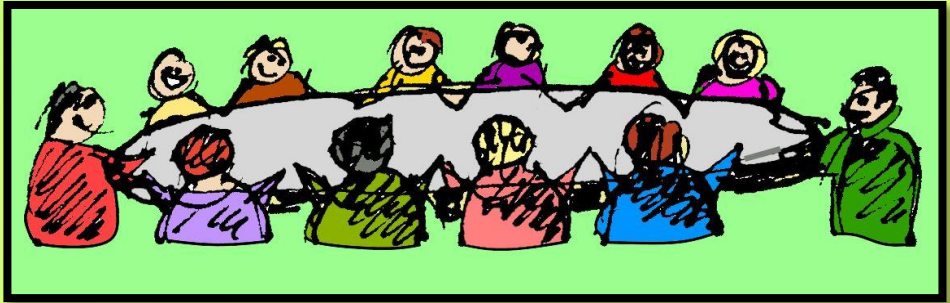
- am Sonntag, dem 23. Juli 2017
- ab 11.00 Uhr zum Brunch
- Ort: Heiligenstedtenerkamp, Landwehr 4



Motto: Jeder bringt eine Kleinigkeit mit.

Alle Mitglieder, Förderer und Freunde/-innen des BUND sind herzlich eingeladen.

Runder Tisch für ein zukunftsfähiges Itzehoe



Am Anfang war der (Dokumentar-)Film „tomorrow“. In ihm werden Menschen und Initiativen vorgestellt, die sich den aktuell größten Herausforderungen unserer Gesellschaft (Klimawandel, wirtschaftliches Ungleichgewicht, Demokratie und Bildung) stellen und vor Ort kreative Lösungen entwickeln.

Der „Runde Tisch zukunftsfähiges Itzehoe“ möchte sich in dieses weltweite Netz aus aktiven Bürgerinnen und Bürgern einreihen. Bei den Treffen geht es um die Frage, was wir hier vor Ort in Richtung Nachhaltigkeit bewegen können. Bei den letzten 3 Veranstaltungen konnten wir jeweils über 20 Teilnehmer zählen.

Am Runden Tisch kommen Einwohner und VertreterInnen aus Politik und Vereinen (BUND, NABU, ATTAC, ADFC..) zusammen. Gemeinsam tauschen wir uns über nachhaltige Ideen und aktuelle Projekte aus. Somit ist der Runde Tisch eine Dialogplattform, bietet aber auch Raum für Themenabende.

An dem Themenabend „Fahrradstadt Itzehoe“ konnten wir uns über mehr als 40 Besucher freuen und einen wichtigen Aspekt in Sachen „Zukunftsfähigkeit“ an die Öffentlichkeit tragen. Wer an Vernetzung über den Runden Tisch interessiert ist, schreibt einfach eine E-Mail an: josefine.moeller@web.de Josefine Möller

Neue BUND-Gartengruppe

Schon länger haben wir überlegt, wieder einen Gartenkreis zu initiieren. Haben wir doch die netten, lebendigen Treffen mit Hannelore Mohr noch in so guter Erinnerung. Das Interesse an Pflanzen und ihren Lebensräumen wollen wir teilen und unsere Erfahrungen, die wir im Anbau auch von Obst und Gemüse gewonnen haben. Dass dabei die Natur Einzug und einen festen Platz in unseren Gartenbereichen erhält, ist uns ein

Anliegen. Wir wollen Lebensräume schaffen für Tiere und Pflanzen, um Raum zu finden für Beobachtung und Freude an der Lebendigkeit der Welt.

Und erfreulicherweise traf unser Aufruf im Februar auf eine große Resonanz. Zum ersten Treffen im Umweltzentrum kamen mehr Leute, als Stühle da waren und wir haben ein schönes Programm ausgearbeitet:

Durch das Sommerhalbjahr wird sich als roter Faden die Besichtigung von Gärten ziehen, jeweils mit einem Schwerpunkt-Thema verbunden - s. Termine (letzte Seite)!

Weitere Treffen werden vereinbart. Im Herbst wird ein Besuch in Oelixdorf anvisiert bei Wiebke Thema: Apfelbäume und Pferdemit

Außerdem liegen Ideen vor für den gemeinsamen Besuch von Pflanzenflohmärkten: z.B. in Ahrensburg am 30. April oder auf dem Betriebshof des Botanischen Gartens in HH Klein-Flottbek am 20. Mai, Eingang: Ohnhorststraße. (www.gartenlinksammlung.de) Ansprechpartnerin dafür: Uschi (04124-7837)

Um für die Gartengruppe gemeinsame Aktivitäten anzugehen, werden wir

- a) einen E-Mail Verteiler erstellen (über den auch die Teilnehmerliste verschickt wird)
- b) unsere Termine auf der BUND Website: www.bund-steinburg.de veröffentlichen. Öffentliche Termine werden auch über die Zeitung bekannt gegeben.

Text und Foto: Mareike Dittmann-Kasten



Wellenkamp - Naturschutz behält den Vorrang

Eine Projektgesellschaft und die Stadt IZ beabsichtigten, am Kamper Weg in Wellenkamp ein neues Supermarkt-Nahversorgungszentrum zu errichten. Gedacht war an einen ALDI-Markt (1260 qm = 150% größer als der bestehende) und einen sog. Frische-Markt des REWE-Konzerns (1800 qm). Dazu ein riesiger Parkplatz für 152 Kfz.

Am 2.2.2017 berichtete die Nordd. Rundschau zum ersten Mal und am 29. März stand das Projekt auf der TO des Stadtentwicklungsausschusses, um einen Bebauungsplan auf den Weg zu bringen.

Die angedachte Fläche (gelb) liegt zwischen der Waldorfschule und der A 23. Sie war vor einigen Jahren mit Ausgleichsmitteln der Unteren Naturschutzbehörde von der Stadt Itzehoe erworben worden, weil sie ökologisch sehr wertvoll ist. Zahlreiche Biotop sind dort zu finden. U. a. ist der nasse Bruchwaldstreifen entlang der Autobahn ein gesetzlich geschütztes Biotop, ein Eichenbestand steht unter dem Schutz des Landeswaldgesetzes.



Hier wurde vor Jahren - unter Einsatz öffentlicher, Naturschutz-gewidmeter Gelder - eine bewusste Entscheidung für die Entwicklung der Natur getroffen. Wären die Ausgangsbedingungen andere, könnte man vielleicht über die Ortswahl diskutieren, aber angesichts der wertvollen Biotopstrukturen verbietet sich das Vorhaben.

Naturentwicklung vollzieht sich in Jahrzehnten, eher sogar in Jahrhunderten. Sie trägt kein „heute so, morgen so“. Deshalb stehen insbesondere selten gewordene Biotop wie ein Bruchwald unter gesetzlichem Schutz. Sie lassen sich nicht einfach so verschieben und andernorts umsetzen. Die einstige Entscheidung für die Natur ist ernst zu nehmen und durchzuhalten.

Nachdem Stadt und Investoren über diesen Sachverhalt informiert worden waren, zogen sie die Planungen wegen rechtlich nicht aussichtsreicher Bedingungen zurück und werden sich auf eine andere Ortslage fokussieren.

Die BUND-Kreisgruppe begrüßt dieses Vorgehen als sehr vernünftig, denn in der heutigen, stark denaturierten Landschaft muss auch die Rechtsposition der Natur auf Entwicklung respektiert und gewahrt werden.

Lothar Wittorf

Die Geowissenschaft ruft ein neues Erdzeitalter aus: das *Anthropozän*, das Zeitalter des Menschen.

Die „Anthropocene Working Group“ der Internationalen Kommission für Stratigraphie hat am 29.08.2016 ein neues Erdzeitalter ausgerufen, das »Anthropozän«. Anfang der 1950er Jahre habe es begonnen. Globale Ablagerungen von Kunststoff-, Aluminium- oder radioaktiven Partikeln markierten seinen Beginn.

Sieben Jahre lang haben 35 Wissenschaftler aus aller Welt in dieser Arbeitsgruppe Indizien gesammelt und abgewogen für die neue geologische Epoche. In den nächsten drei Jahren soll die Unterteilung der Erdgeschichte um- und fortgeschrieben werden: Das gegenwärtig noch gültige Erdzeitalter des nacheiszeitlichen Holozäns wird dann endgültig abgelöst durch das Zeitalter des Menschen, das „Anthropozän“. Es soll den Zeitabschnitt umfassen, in dem der Mensch zu einem der dominantesten Einflussfaktoren auf die biologischen, geologischen und atmosphärischen Prozesse auf der Erde geworden ist

Ab dem Anfang der 1950er Jahre lasse sich die neue Epoche weltweit geologisch nachweisen: Die Sedimente in den jüngsten Bodenschichten enthalten ungeheure Mengen von Plastik-, Aluminium- oder Betonpartikeln sowie den messbaren Fallout von Atombombenexplosionen. - Die (unvollständige) Liste der Auswirkungen geht über diese Erscheinungen weit hinaus:

- die menschengemachten landschaftlichen Veränderungen,
- neuartige geologische Strukturen wie Bergwerke, Tunnel und Städte,
- das Abschmelzen der Polkappen, die Übersäuerung der Ozeane und die Veränderungen von Meeresströmungen,
- Übernutzung der Ressourcen bis hin zum Verlust,
- Eingriffe in die Evolution sowie die fortdauernde Vernichtung von Lebewesen der Umwelt,
- die Degradation von Böden und der Rückgang von Permafrostböden,
- die Verdrängung natürlicher Vegetation durch landwirtschaftliche Monokulturen,
- die Freisetzung von fossilen Kohlenwasserstoffen, von Kohlenstoffdioxid; Ozonloch, Treibhausgasen,
- der menschengemachte Anstieg der Produktion von Treibhausgasen, der die Kraft hat, die nächste Eiszeit zu verhindern,
- das Artensterben, die Artenverschleppung und das Massenaussterben aufgrund der Aktivitäten und des Raum- und Ressourcenanspruchs des Menschen, ...

Diese und ungezählte weitere Indizien sind geologisch nachweisbar und zeigen, dass der Einfluss des Menschen auf den Planeten signifikant genug ist, um die Einführung einer neuen Epoche in der Erdgeschichte zu rechtfertigen. Ihre Auswirkungen sind bleibend, da die zukünftige Entwicklung auf ihnen aufbaut.



Zeichnung: Norbert Prahlow

Das bedeutet aber nicht, dass das „Zeitalter des Menschen“ als Ehrenbezeugung für die umfassenden Eingriffe der Menschheit in das natürliche Gefüge der Welt zu verstehen ist. Es ist vielmehr ein weiterer deutlicher Hinweis darauf, dass wir Menschen den Planeten, auf dem wir leben, übernutzen und dadurch die gewachsenen Lebensbedingungen grundlegend verändern, wodurch wir unsere Lebensgrundlagen gefährden.

Es kann auch nicht bedeuten, dass die bisherigen Eingriffe des Menschen zur Rechtfertigung herangezogen werden, dass der Mensch nun als großer Reparierer (Geoengineering) neue, noch größere Eingriffe in das Weltgefüge vornehmen soll.

Erforderlich ist stattdessen eine Rückbesinnung des Menschen auf die natürliche Umwelt, die unsere Mitwelt ist. Denn sie verträgt nicht die Rolle des Menschen als aus der Natur herausgehobene, steuernde Art.

Lothar Wittorf

Windkraftplanung

Seit 2011 und früher setzen wir uns (arbeits)intensiv mit der Windkraftplanung für Schleswig-Holstein auseinander. Die erste Etappe dauerte bis zum 17. Dezember 2012, als die Teilfortschreibungen der Regionalpläne zur Ausweisung von Eignungsgebieten für die Windenergienutzung rechtskräftig wurden. Insgesamt standen damals rund 1,7 Prozent der Landesfläche für die Energiegewinnung aus Wind zur Verfügung.

Am 20. Januar 2015 erklärte das Oberverwaltungsgericht diese Teilfortschreibungen für unwirksam. Als Konsequenz aus diesem Urteil wäre es fast überall in Schleswig-Holstein möglich gewesen, Windkraftanlagen zu errichten. Es drohte ein ungesteuerter Wildwuchs. Folglich musste die Landesregierung neue, rechtssichere Regionalpläne erarbeiten.

Auch hier war der BUND wieder auf allen Arbeitsebenen gefordert, Stellung zu beziehen. Dabei ging es nicht darum, die Windkraftnutzung insgesamt zu verhindern, denn der kaum gebremste Klimawandel drängt mit aller Macht zu einem Umsteuern in der Energiegewinnung. Dennoch passen Windräder nicht an jeden Ort - auch und gerade aus Naturschutzsicht. Hier hakten wir ein mit dem Ziel, Schaden für die Natur abzuwenden.

Als Kreisgruppe haben wir eine umfangreiche Stellungnahme zu den am 17.3.2016 vorgestellten Abwägungsflächen für den Kreis Steinburg abgegeben. Diese Abwägungsflächen machten in diesem Planungsschritt noch 3,7% der Kreisfläche aus. Der Landesverband übernahm unsere Position.

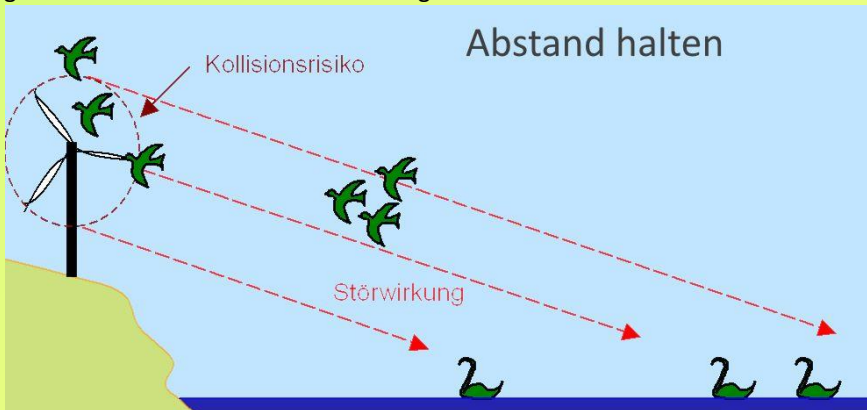
Wir forderten - begründet im Detail, aber hier nur grob wiedergegeben:

- an der Freihaltung der Kollmarer Marsch (Landschaftsschutzgebiet) festzuhalten,
- eine drastische (über die Hälfte) Reduzierung der vorgesehenen Flächen in der Kremper Marsch zwischen Sommerland und der Stör,
- die Freihaltung einer hinreichend breiten Vogelzugroute entlang der Stör,
- die Einhaltung des Schutzradius für Seeadlerhorste im Raum zwischen Rethwisch, Horst und Süderau,
- die Freihaltung der Flächen des Naturparks Aukrug und um den Schierenwald,
- den Verzicht auf die Fläche zwischen Wacken und Vaale und
- einen hinreichenden Abstand des Windparks Huje zum großen Gewässer in der Tongrube Muldsberg.

Als nun am 6. Dez. 2016 die neuen Regionalplanentwürfe (2% der Landesfläche) veröffentlicht wurden, konnten wir durchaus zufrieden feststellen, dass unsere Einwände

sehr weitgehend berücksichtigt worden waren. Wir betrachten das als einen guten Erfolg.

Einige Flächen sind jedoch geblieben, die nach unserer Ansicht dringend reduziert bzw. ganz aufgegeben werden müssen. Im jetzigen Beteiligungsverfahren zu den Planentwürfen werden wir als zu beteiligender Umweltverband unsere Forderungen erneut vortragen. Das Verfahren läuft noch bis zum 30.06.2017. Auch die Bürger sind aufgefordert in dem Online-Beteiligungstool (<https://bolapla-sh.de/verfahren/8745a138-b56b-11e6-b452-0050568a04d7/public/detail>) oder schriftlich, ihre Einwände vorzutragen. Dort finden sich auch alle Unterlagen zum Verfahren.



1. **Abstand zur Tongrube Muldsberg**

Die Tongrube ist zu einem bedeutenden Naturerlebnisraum geworden. Wir lehnen einen Windpark Huje nicht generell ab, sondern fordern einen ausreichenden Abstand zum Gewässer und zum Rundwanderweg zum Schutz von Seeadler, Fledermäusen, Gänsen und Enten sowie Erholungssuchenden.

2. **Streichen der Windkraftfläche Beidenfleth**

Die Fläche liegt in einer Ausbuchtung der Stör zwischen der Störschleife bei Hodorf und Beidenfleth und damit direkt und ganzflächig in einer Hauptachse des regionalen Vogelzugs. Windräder würden an dieser Stelle die Zugroute todbringend blockieren.

3. **Reduzierung der Windkraftfläche Holstenniendorf**

Der südliche Bereich besteht zum Teil aus Ausgleichsflächen. Diese sind von jeglicher Bebauung freizuhalten. Weitere Teile sind regenerierbare Moorböden, die durch den Einbau von Windrad-Fundamenten weiter stark gestört werden. - Die Fläche ist entsprechend zu reduzieren.

4. **Streichen des Windparks Rethwisch**

Der Windpark liegt im Schutzzradius eines Seeadlerhorsts. Er hat zwar aktuell Bestandsschutz, ist aber für die Zukunft zu streichen.

Lothar Wittorf

Brennelementschäden im AKW Brokdorf

In den vergangenen Wochen wurde in der Presse mehrfach über Oxidationen an Brennelementen im AKW Brokdorf berichtet. Die Ursachen dafür blieben ungeklärt. So kann das AKW Brokdorf - auch wenn es PreußenElektra nicht passen sollte - nicht wieder ans Netz gehen. Deshalb begrüßen wir die Forderung von Energiewende-Minister Habeck nach vollständiger Aufklärung der Ursachen der Korrosion an den Brennstabhüllrohren, die den Grenzwert überschreiten. Vorher kann eine Wiederanfahr genehmigung des AKW Brokdorf nicht erteilt werden.

Das dramatische Anwachsen der Oxidschicht an den Brennstäben erfolgte innerhalb des letzten, auf 7 Monate verkürzten Zyklus. Die Betriebsgenehmigung für das AKW Brokdorf enthält Auflagen, die verhindern sollen, dass die Brennstäbe zu stark korrodieren. Dieser Wert (70 μm) wurde von einem Brennstab um mehr als das Doppelte überschritten. Dadurch befand sich das AKW während des letzten Zyklus in einem sicherheitstechnisch kritischen und nicht genehmigten Zustand.

- Entweder hat der Betreiber die Auflagen nicht eingehalten
- oder die Auflagen sind nicht geeignet, das schnelle Anwachsen der Oxidschicht zu verhindern.

Unklarheit über die Ursachen und ein Verzicht auf ihre Abstellung können nicht toleriert werden, da zu stark korrodierte Hüllrohre - insbesondere bei Störfällen - zu einer erhöhten Strahlenbelastung in der Umgebung führen.

Der von PreußenElektra vorgeschlagene

- Austausch der auffälligen Brennelemente

- und die Auslegung des Reaktorkerns mit den bisher verwendeten Berechnungsmodellen

- sowie ein anschließend verkürzter Zyklus nach dem Motto „Versuch und Irrtum“

sind unverträglich für diese Hochrisikotechnologie wegen der möglichen verheerenden Folgen für Mensch und Umwelt.



Zeichnung: Norbert Prahlow

Wir erwarten von Minister Habeck eine umfassende Information der Öffentlichkeit über die Ergebnisse der Ursachenuntersuchung und bei Zustimmung zum Wiederanfahren die Gründe für deren Unbedenklichkeit.

Karsten Hinrichsen

Fahrradstadt Itzehoe?

In Zeiten des Klimawandels wird nach der Energiewende auch der Ruf nach einer Verkehrswende immer lauter. Was läge da näher als dem Fahrrad als dem Verkehrsmittel der Zukunft eine größere Bedeutung zukommen zu lassen? So hatte man sich auch in Itzehoe nach langen Jahren des Stillstandes in der Fahrradförderung entschlossen, einen Masterplan Radverkehr ins Leben zu rufen. Dieser soll den Anteil des Radverkehrs am gesamten Verkehrsaufkommen von mageren 13 % auf bescheidene 20 % erhöhen. Städte, die sich schon lange der Fahrradförderung verschrieben haben, z. B. Münster und Oldenburg, bieten ca. 40 % und auch Kiel konnte mit einer konsequenten Radverkehrsförderung in den letzten Jahren die 30%-Marke erreichen. Auch viele kleinere Städte haben sich inzwischen der Radverkehrsförderung verschrieben.

Für Itzehoe haben dann 2 renommierte Planungsbüros den Masterplan Radverkehr mit der Verwaltung erarbeitet. Während einer Zeit von 2 Jahren wurde dieser Plan immer wieder in der Fahrradkommission (bestehend aus Vertretern von Parteien, Verbänden, Verwaltung, Polizei etc.) diskutiert und einstimmig für gut befunden. Auch die Ratsversammlung hat den Plan im Herbst 2015 beschlossen. Als aber dann die ersten Maßnahmen im letzten Herbst umgesetzt wurden – Schutzstreifen für Radfahrer und Aufstellflächen an den Kreuzungen, die den Radfahrern ein sicheres und komfortables Fahren und Abbiegen auf der Straße ermöglichen sollen, gab es Proteste von Seiten einiger Autofahrer, die sich in ihrer Bewegungsfreiheit und ihren angestammten Rechten beeinträchtigt fühlten. Schützenhilfe kam auch sofort von Seiten der Parteien (z. B. CDU und Freie Wähler), die den Sitzungen der Fahrradkommission fernblieben und damit ihr Desinteresse an der Förderung des Radverkehrs bekundeten. Das ging so weit, dass in den Ausschüssen und in der Ratsversammlung Anträge vorgelegt wurden, die die Entfernung der gerade eingerichteten Schutzstreifen an der Alten Landstraße, am Kamper Weg, Wellenkamper Chaussee verlangten. Und selbst der Schutzstreifen an der Kaiserstraße, der sich seit Jahren bewährt hat, sollte der Bequemlichkeit der Autofahrer geopfert werden. Mehr Rückständigkeit in der Fahrradförderung kann man eigentlich nicht zeigen.

Glücklicherweise hat der Itzehoer Bürgermeister die Zeichen der Zeit erkannt und diese Rolle rückwärts und einen Stillstand in der Fahrradpolitik erst mal verhindert. Wie es aber mit dem Masterplan weitergeht, der den Radfahrern überall im Stadtgebiet ein besseres und sichereres Fortkommen ermöglichen soll, ist im Hinblick auf die extrem konservative Einstellung eines Teils der Itzehoer Politik noch völlig offen. Hier sind auch die Rad fahrenden Bürger der Stadt und des Umlandes gefragt, ihre Rechte einzufordern. Mit Einsicht in die Erfordernisse der Zeit und mit Rücksicht, Verständnis und Fahrgefühl sollte ein friedliches Nebeneinander von Auto- und Radverkehr möglich sein. Der Masterplan Radverkehr ist im Internet bei der Itzehoer Verwaltung einzusehen und die Rechte der Radfahrer auf der Homepage des ADFC SH (Allgemeiner Deutscher Fahrradclub).

Gisela Wieneke

Bericht aus dem Landes-Arbeitskreis Atom

Ende letzten Jahres hat der BUND-SH einen Arbeitskreis Atom (AK Atom) gegründet. Sprecher ist zurzeit Rainer Guschel. Ein wesentlicher Anlass war das Bemühen von Umweltminister Habeck, eine Akzeptanz in der Bevölkerung für die Beseitigung des Abriss-Mülls aus den Atomkraftwerken zu finden.

Sein Versuch, in öffentlichen Gesprächen und mit Vorträgen seiner Fachleute Zustimmung für eine Deponierung der gering radioaktiven Abfall-Mengen auf den sieben möglichen Deponie-Standorten in SH zu finden, schlug ins Gegenteil um: es gründeten sich an allen Standorten Bürgerinitiativen, die den Minister massiv angriffen. Daraufhin beendete Herr Habeck diese Art der Öffentlichkeits-Beteiligung, was der BUND, der sich bei den Veranstaltungen fachkundig beteiligt hatte, bedauerte.

Um in der aktuellen Diskussion zu bleiben, haben Mitglieder des Landesverbandes beraten, mit welchen Positionen der BUND-SH vermittelnd tätig sein kann und den Arbeitskreis gegründet.

Diese Signale, Kontakte mit dem Städte- und Gemeindegtag SH sowie der Druck, schon jetzt angefallene Abfälle (vor allem in Krümme) los zu werden, haben den Minister bewogen, zu einem internen Arbeitskreis einzuladen. In diesem sind neben dem Ministerium die Betreiber der AKW, kommunale Landesverbände, Verbände der Entsorgungswirtschaft und Umweltverbände (jeweils begrenzt auf zwei Personen, für den BUND Ole Eggers und Rainer Guschel) vertreten.

Trotz des Bemühens des BUND, der auch weiterhin den Kontakt zu den BI hält, weigerte sich der Minister, deren Vertreter teilhaben zu lassen mit der Begründung, dass die Umweltverbände deren Interessen vertreten können.

In der Zwischenzeit entwickelte der AK Atom des BUND-SH ein Konzept, das dann bundesweit diskutiert wurde und in ein „Eckpunkte-Papier“ mündete. Darin fordert der BUND bundesweit, dass alle Stoffe, die Radioaktivität aus dem Betrieb von Atomanlagen aufweisen, sogenannte „künstliche Radioaktivität“, nicht freigegeben werden dürfen.

Der Alternativ-Vorschlag des BUND lautet: „Die Stoffe, für die eine Freigabe nach StrlSchV vorgesehen waren, sind gesondert und gegen Freisetzung gesichert aufzubewahren. Sie können in besonders gesicherte Deponien oder in ein oberflächennahes Endlager verbracht werden. Möglich ist auch die Lagerung in entkernten Gebäuden des Atomkraftwerkes oder verbunkert auf dessen Gelände. Diese vier Optionen sollten gleichwertig verfolgt und geprüft werden.“

Diese vier Optionen vertritt der BUND-SH bei den Gesprächen im Ministerium, wobei sicherlich nicht alle Optionen für jedes der AKW gleichwertig zu prüfen sind.

Der Schwerpunkt liegt zurzeit beim AKW Brunsbüttel, dessen Abriss-Genehmigung vermutlich bis zum Herbst erteilt werden soll. Hier wäre eine Lagerung im entkernten Gebäude (Maschinenhaus) denkbar. Aber der Trend in der Ministerrunde - man traf sich inzwischen dreimal -, geht wohl in Richtung Deponierung. Ob hier die BUND-Forderung nach einer „besonders gesicherten“ Deponie Erfolg haben wird, bleibt abzuwarten. Das nächste Treffen soll noch vor der Landtagswahl stattfinden.

Die weitere Beteiligung des BUND wird sich aus den Ergebnissen dieser Diskussionen ergeben. Aber solange starke Bürgerinitiativen eine Deponierung auf ihren „herkömmlichen“ Deponien ablehnen, könnte die kommende Regierung gezwungen sein, sich mit einer der BUND-Optionen anzufreunden.

Hintergrund-Info „gering radioaktive Abfälle“

Unter der offiziellen Bezeichnung „gering radioaktive Abfälle“ versteht man Stoffe, die durch Kontamination im Kraftwerksbetrieb radioaktiv wurden und nur eine geringe Strahlungs-Aktivität haben. Diese sind vor allem an Wänden und an vom Reaktor-Kern entfernteren Rohrleitungen zu finden und lassen sich z. T. dekontaminieren.

Nach dem Atomgesetz dürfen diese Materialien (ca. 3 Prozent eines Kraftwerks nach Schätzungen der Kraftwerk-Betreiber), wenn sie unter einem bestimmten Grenzwert liegen, freigegeben werden zur Deponierung auf eine herkömmliche Deponie oder gar recycelt werden, z. B. für den Straßenbau oder eingeschmolzen in Hochöfen.

Die Politik bezeichnet diese Möglichkeit als „10 Mikrosievert-Konzept“, was bedeutet, dass Einzelpersonen einer Strahlendosis im Bereich von 10 Mikrosievert zusätzlich zu den bereits vorhandenen Strahlungen (natürliche, medizinische und den Strahlungen aus den Reaktorunfällen und Atomwaffen-Versuchen) ganz legal ausgesetzt werden können. Dieses Konzept wird vom BUND als eine zusätzliche Gefährdung von Mensch und Umwelt grundsätzlich abgelehnt.

Hintergrund-Info: Deponierung von strahlenden AKW-Abriss-Abfällen

In Schleswig-Holstein stehen zur Zeit drei Atomkraftwerke (Brunsbüttel, Krümmel und der Forschungsreaktor bei Geesthacht) zum Abriss bereit. Endlich - so freut sich der Atomkraft-Gegner. Dafür haben wir seit Jahrzehnten gekämpft. Doch nun werden die Probleme deutlicher, vor denen wir auch immer gewarnt haben: die Missachtung der Problematik, dass diese Abfälle z. T. Jahrhunderttausende lang strahlen.

- So werden die *heißen Abfälle* (Brennstäbe), die weiterhin Neutronen abstrahlen und deshalb besonders gefährlich sind, vorerst in nicht genehmigten Zwischenlagern deponiert, um einer „Endlagerung“ zugeführt zu werden, die wohl in diesem Jahrhundert nicht zu lösen sein wird.

- In einem weiteren Zwischenlager (LASMA) sollen die meisten weniger strahlenden Reste der AKW solange aufbewahrt werden, bis der Schacht Konrad sie aufnehmen darf.

Rainer Guschel

Da ist sie wieder - die Nordumgehung Itzehoe

War sie in den bisherigen Bundesverkehrswegeplanungen wegen ihrer hohen Umweltbelastung stets abgeschlagen im „weiteren Bedarf“ gelandet, so hat sich das Blatt für die Nordumgehung Itzehoe im vergangenen Jahr grundlegend gewandelt: jetzt zählt sie zum vordringlichen Bedarf und emsig wird - von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt - in den Gremien an ihrer Umsetzung gearbeitet. Umweltfreundlicher ist sie dadurch nicht geworden.

So hat die Lenkungsgruppe der „Region Itzehoe“ das Land aufgefordert, unverzüglich mit den Planungsarbeiten zu beginnen. Die flächenmäßig betroffenen Gemeinden haben sich ebenfalls schon für eine Umsetzung des Projekts ausgesprochen.

Südlich von Schlotfeld soll die 6,1 km lange, zweispurige Verbindungsstraße als künftige B206 abzweigen, bei Amönenwarte die B77 queren und nördlich von Itzehoe auf die Straße nach Schenefeld und die Autobahn A23 stoßen. Gerechnet wird mit 11.000 Kfz/24h. Ziel der Nordumgehung ist die Entlastung Itzehoes von 5000 Kfz (davon 1000 Lkw) Durchgangsverkehr (Langer Peter).



- Die neu geschaffene Straße zerschneidet den Wald-Verbundraum von dem Itzehoer Stadtforst und der Halloh.
- Sie quert ein Gewässer begleitendes FFH-Gebiet. Eine FFH-Vorprüfung ist noch nicht durchgeführt worden, erhebliche Beeinträchtigungen werden nicht ausgeschlossen.
- Der bisher unzerschnittene Landschaftsraum zählt als Großsäuger- und Waldlebensraum. Er wird auf 4,8 km zerschnitten (= 80% der Gesamtlänge).
- Zu diesen Schäden kommen hinzu die Immissionen von Lärm und Abgasen in die bisher kaum hiervon betroffene Natur und der Verbrauch unverbauter Landschaft.



Termin	Thema	Wo?
Mi., 19. April 19.00 h	BUND-Umwelttreff - Hauptthema: Ansprache der Neumitglieder	Umweltzentrum, Itzehoe, Draisine 4
So., 23. April 2 vor 12 Uhr	5. Protest- und Kulturmeile anlässlich des Tschernobyltages	am AKW Brokdorf
Sa., 13. Mai 15.00 h	Gartengruppe: Gisela zeigt ihren Garten-Thema: Tausch von Gemüse und Blumensetzlingen	im Heiligenstedtener Kamp, Landwehr 4, - Tel. 04821-84540
Di., 16. Mai 19.00 h	BUND-Mitgliederversammlung mit Neuwahlen	Umweltzentrum, Itzehoe, Draisine 4
Fr., 9. Juni 18.00 h	Gartengruppe: Uschi zeigt ihren Garten-Thema: Wildkräuter und ihre Verwendung	in Herzhorn, Obendeich 25 (da es die Wildkräuter zu essen geben soll, auf jeden Fall anmelden!! Tel.04124-7837)
Sa., 10. Juni 14:00 h	Geflügelte Schätze im Nationalen Naturerbe, Suchexkursion nach Scheckenfalter & Co.	25578 Dägeling, Eingang Krebsweg Veranstalter: Stiftung Naturschutz Schleswig-Holstein
Di., 20. Juni 19.00 h	BUND-Umwelttreff	Umweltzentrum, Itzehoe, Draisine 4
Sa., 24. Juni	gemeinsamer Natur-Erlebnis-Tag in der Nordoer Heide	Treff: noch offen
Di., 18. Juli 19.00 h	BUND-Umwelttreff	Umweltzentrum, Itzehoe, Draisine 4
So., 23. Juli 11.00h	BUND-Sommerfest	bei Gisela Wieneke, Landwehr 4, 25524 Heiligenstedtener Kamp
Di., 19. Sept. 19.00 h	BUND-Umwelttreff	Umweltzentrum, Itzehoe, Draisine 4
Di., 17. Okt. 19.00h	BUND-Umwelttreff	Umweltzentrum, Itzehoe, Draisine 4
Di., 21. Nov. 19.00h	BUND-Umwelttreff	Umweltzentrum, Itzehoe, Draisine 4
Di., 19.Dez. 19.00h	BUND-Weihnachtsfeier	Umweltzentrum, Itzehoe, Draisine 4

Adressen:

BUND-Kreisgruppe Steinburg, c/o Umweltzentrum, Draisine 4, 25524 Itzehoe - Tel.: 04821/ 91686

Email: bund.steinburg@bund.net - Web: www.bund-steinburg.de

Konto der Kreisgruppe: Sparkasse Westholstein,

BLZ : 222 500 20, Kontonummer.: 200 150 39

IBAN: DE66 2225 0020 0020 0150 39 BIC: NOLADE21WHO

Vorstand der BUND-Kreisgruppe Steinburg:

Gisela Wieneke, Landwehr 4, 25524 Heiligenstedtener Kamp, Tel.: 04821/ 84 540

Rainer Guschel, Zwölf Berge 7, 25588 Oldendorf, Tel.: 04821/ 71208

Hartmut Ralf, Ringstr. 10, 24594 Meezen, Tel. 04877-763 (Schatzmeister)

Auflage: 500 ex. - Redaktion, Layout: Lothar Wittorf, V.i.S.d.P.: Lothar Wittorf, Krempe